

Beyfuss, Jörg; Grömling, Michael; Klös, Hans-Peter

Article

Konjunkturprognose 2001

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Beyfuss, Jörg; Grömling, Michael; Klös, Hans-Peter (2000) : Konjunkturprognose 2001, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 27, Iss. 4, pp. 5-34, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.00-04-01>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156787>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KONJUNKTURSCHLAGLICHT

KONJUNKTURPROGNOSE 2001

Bei kräftig steigenden Exporten und Ausrüstungsinvestitionen hat der Aufschwung der deutschen Wirtschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres hohe Dynamik entwickelt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) lag um 3,3 Prozent über dem Vorjahresstand. Doch die Hoffnung, dass dieses Tempo im Prognosezeitraum gehalten oder gar gesteigert werden könnte, wird sich nicht erfüllen. Vor allem der Private Verbrauch wird unter dem doppelten Druck von hohen Ölpreisen und steigender Ökosteuer im kommenden Jahr negativ beeinflusst. Allein die dritte Stufe der Ökosteuer und die wegen höherer Ölpreise gestiegene Mehrwertsteuerlast absorbiert gut zwei Drittel der Entlastung, die sich für das kommende Jahr aus der Einkommensteuerreform ergibt. Dagegen bleiben die Ausfuhren weiter eine robuste Konjunkturstütze, obwohl im kommenden Jahr vom Euro-Wechselkurs keine positiven Wettbewerbseffekte mehr ausgehen werden. Doch in den wieder kräftig wachsenden Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, in Südostasien und im ölpreisgestützten OPEC-Raum werden die deutschen Absatzperspektiven zunehmend besser. Auch die Investitionen in Ausrüstungen und Sonstigen Anlagen bleiben bei anhaltend hohem Modernisierungsdruck und begünstigt durch die Entlastungseffekte der Unternehmensteuerreform weiterhin lebhaft. Die Bauinvestitionen dagegen werden im kommenden Jahr die Stagnationslinie nur knapp überschreiten. Insgesamt wird das Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr etwas geringer ausfallen als in diesem. Gleichwohl bestehen gute Chancen, in diesem Jahr knapp 570.000 und im kommenden 480.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die Zahl der registrierten Arbeitslosen könnte 2001 im Jahresdurchschnitt auf knapp 3,6 Millionen zurückgehen. Hierbei sind allerdings statistische Sondereinflüsse wirksam.

iw-trends

Die Weltwirtschaft wird im Sommer 2000 von kräftigen Aufschwungskräften getragen. Weltproduktion und Welthandel nehmen zügig zu. Entscheidende Impulse gehen dabei von der amerikanischen Wirtschaft aus, die im

*Weltwirtschaft im
Aufschwung*

neunten Aufschwungsjahr nochmals ein Wirtschaftswachstum von rund 5 Prozent erreichen dürfte.

Im Sog der kräftigen US-Konjunktur erholten sich rasch jene Regionen, die am Ende der 90er-Jahre in einer ausgeprägten Finanz- und Strukturkrise steckten. Die asiatischen Tigerstaaten haben inzwischen wieder den Wachstumspfad erreicht, auf dem sie sich vor der Rezession 1997/98 befanden. Dies ist insofern bemerkenswert, als Japan - die dominante Volkswirtschaft jener Region - immer noch Probleme hat, die hartnäckige Wachstumsschwäche zu überwinden.

Russland profitiert vom Ölpreis-Höhenflug und wird in diesem Jahr mit über 5 Prozent das höchste Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) seit dem Systemwechsel verbuchen. Auch die mitteleuropäischen Reformländer liegen wieder im konjunkturellen Aufwärtstrend. Polen, Slowenien, Estland und Ungarn können in diesem Jahr einen BIP-Zuwachs von rund 5 bis 6 Prozent erreichen, und Tschechien registriert nach dreijähriger Rezessionsphase wieder steigende Produktionszahlen.

In Südamerika ist die Konjunkturschwäche der Jahre 1998/99 ebenfalls überwunden. Mexiko, Chile und Peru verzeichnen wieder Produktionszuwächse von rund 5 Prozent, und in Brasilien und Argentinien weist die Konjunktur ebenfalls wieder aufwärts. Doch in Südamerika werden ebenso wie in vielen südostasiatischen Schwellenländern und in einigen Reformstaaten Mittel- und Osteuropas Reformdefizite von den günstigen Konjunkturtrends überlagert. Hier bestehen somit weiterhin unbewältigte Krisenpotenziale.

Geringeres Konjunkturgefälle

In Westeuropa wird das Wachstumsgefälle zunehmend kleiner. Während 1999 zwischen den konjunkturellen Vorreitern (Irland, Spanien, Finnland, Niederlande, Schweden, Portugal) und den Nachzüglern (Italien, Deutschland, Dänemark, Schweiz, Norwegen) noch ein durchschnittliches Wachstumsgefälle von 2,5 Prozentpunkten bestand, reduziert es sich in diesem Jahr auf gut einen und im kommenden Jahr auf einen halben Punkt. Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich bei den Vorreitern Zeichen eines zyklischen Ausreifens zeigen, die durch behutsames monetäres Abbremsen konterriert werden. Bei einigen Nachzüglern, so vor allem in Deutschland, wer-

den dagegen die dämpfenden Einflüsse, die von der Geldpolitik ausgehen, durch Sonderfaktoren überlagert. In Frankreich und Deutschland sind beispielsweise Effekte von bedeutsamen Steuerreformen in Rechnung zu stellen.

Dieses positive Weltkonjunkturbild wird aber dadurch getrübt, dass der Inflationsdruck im Zuge höherer Erdölpreise und in einigen Ländern auch durch eine allmähliche Überforderung der Produktionskapazitäten wieder größer geworden ist. Doch er ist in den meisten Ländern noch nicht so groß, dass er zu einem Konjunkturrisiko geworden wäre.

Tabelle 1:

Auslandsprognose 2001

	BIP			Verbraucherpreise		
	1999	2000	2001	1999	2000	2001
Deutschland	1,6	3,0	2,9	0,7	1,8	1,8
Frankreich	2,9	3,5	3,1	0,6	1,8	1,4
Italien	1,4	2,9	2,9	1,6	2,4	2,1
Österreich	2,2	3,3	2,8	0,5	1,9	1,9
Belgien	2,5	3,6	2,8	1,2	2,4	1,7
Finnland	3,5	5,0	4,2	1,3	2,7	2,2
Irland	8,7	8,5	6,8	2,5	5,0	3,5
Niederlande	3,6	4,0	3,5	2,0	2,4	2,8
Portugal	3,0	3,5	3,3	2,2	2,7	2,4
Spanien	3,7	4,1	3,5	2,2	3,2	2,3
Euro-Zone ¹⁾	2,4	3,5	3,1	1,1	2,3	1,9
Vereinigtes Königreich	2,1	3,0	2,5	1,4	2,0	2,4
Schweden	3,8	4,3	3,3	0,4	1,3	1,7
Dänemark	1,7	2,2	2,2	2,5	2,7	2,3
Norwegen	0,9	2,9	2,2	2,4	2,9	2,3
Schweiz	1,7	3,0	2,3	0,8	1,5	1,7
USA	4,2	5,2	3,5	2,2	3,2	2,5
Japan	0,3	1,4	1,8	-0,3	-0,2	0,2
Kanada	4,6	4,5	3,2	1,7	2,4	2,0
Industrieländer ¹⁾	2,7	3,7	3,0	1,3	2,2	1,9

1) Gewichte: BIP 1999.

Quelle: OECD; Prognose: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Für das kommende Jahr wird mit einem leichten Abflachen der Aufschwungsdynamik gerechnet. Das Welthandelsvolumen expandiert mit rund

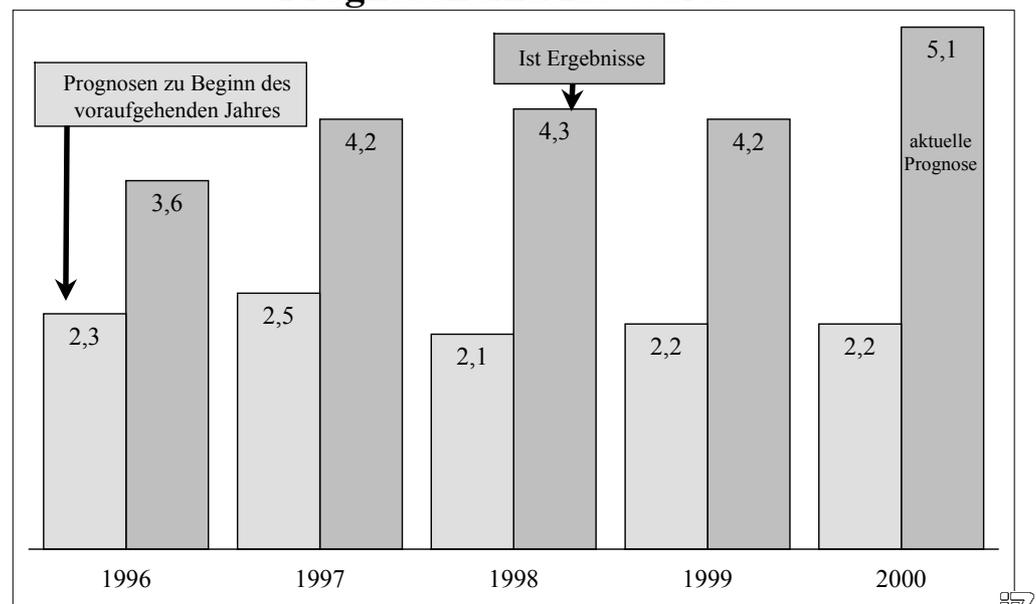
8 Prozent zwar immer noch zügig, aber nicht mehr ganz so rapide wie in diesem Jahr (knapp 10 Prozent). Das zusammengefasste BIP aller Industriestaaten wird 2001 um knapp 3 Prozent zulegen, nach reichlich 3,5 Prozent in diesem Jahr (Tabelle 1).

Unsicherheit über US-Zyklusprofil

Hinter dieser Prognose steht die Erwartung, dass die amerikanische Konjunktur nach neunjährigem überaus dynamischen und investitionsintensiven Aufschwung nun eine langsamere Gangart einlegen wird („soft landing“). In der Tat gibt es eine Reihe von Faktoren, die hierfür sprechen:

Schaubild 1:

USA: Reales BIP-Wachstum Prognosen und Ist-Werte



Quelle: OECD; Concensus Forecasts.

- Die seit Mitte 1999 zunächst behutsamen, später deutlicheren monetären Bremsschritte dürften allmählich auf die realwirtschaftliche Ebene durchschlagen.
- Die steigenden Zinsen, das Abflachen des Aktien-Höhenflugs und vor allem die höheren Energiepreise drosseln die Konsumneigung und Wohnungsbautätigkeit der privaten Haushalte.

- Preisindizes, Arbeitsmarktindikatoren und Auslastungskennziffern der Produktionskapazitäten zeigen, dass das US-Wirtschaftswachstum jenseits der Potenziellinie verläuft. Die anziehenden Arbeitskosten sind ein Reflex hierauf.
- Frühindikatoren wie der Auftragseingang bei langlebigen Gebrauchsgütern, Baugenehmigungen, Stimmungsindikatoren der Einkaufsmanager und Verbraucher signalisieren konjunkturelle Beruhigungstendenzen.

Nach herkömmlichen zyklischen Analysemodellen spricht somit vieles für eine Verlangsamung des 1992 gestarteten Aufschwungs. Allerdings wird der amerikanischen Konjunktur bereits seit 1996 ein solches „soft landing“ prognostiziert. Denn historische Rückblenden ergaben für die USA eine durchschnittliche Zykluslänge von knapp fünf Jahren. Doch weder 1996 noch in den Jahren danach wurden die empirisch gestützten Prognosen eines soft landing durch die tatsächliche Entwicklung bestätigt (Schaubild 1). Regelmäßig fiel in den vergangenen Jahren das effektive Wirtschaftswachstum deutlich höher aus als das erwartete.

Diese „Fehlprognosen“ sind damit erklärbar, dass das zyklische Verlaufsmuster der von der New Economy geprägten US-Wirtschaft noch weitgehend unbekannt ist. Die ungewöhnlich hohe Investitionsintensität des amerikanischen Aufschwungs - die realen Ausrüstungsinvestitionen sind in den Jahren 1992/99 preisbereinigt um rund 150 Prozent aufgestockt worden - hat den amerikanischen Kapitalstock enorm erweitert, verjüngt und grundlegend modernisiert. Bereits hierdurch ist der Spielraum für ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum größer geworden. Zum anderen haben Innovationsschübe im Bereich der Kommunikations- und Informationstechnik den Produktivitätsfortschritt beschleunigt. Die Trendrate der Arbeitsproduktivität (BIP je Erwerbstätigenstunde) lag in den 80er-Jahren noch bei 1,6 Prozent, aktuelle Schätzungen gehen von annähernd 3 Prozent aus (Klausing, 2000). Diese Zusammenhänge sind in zweifacher Hinsicht konjunkturelevant:

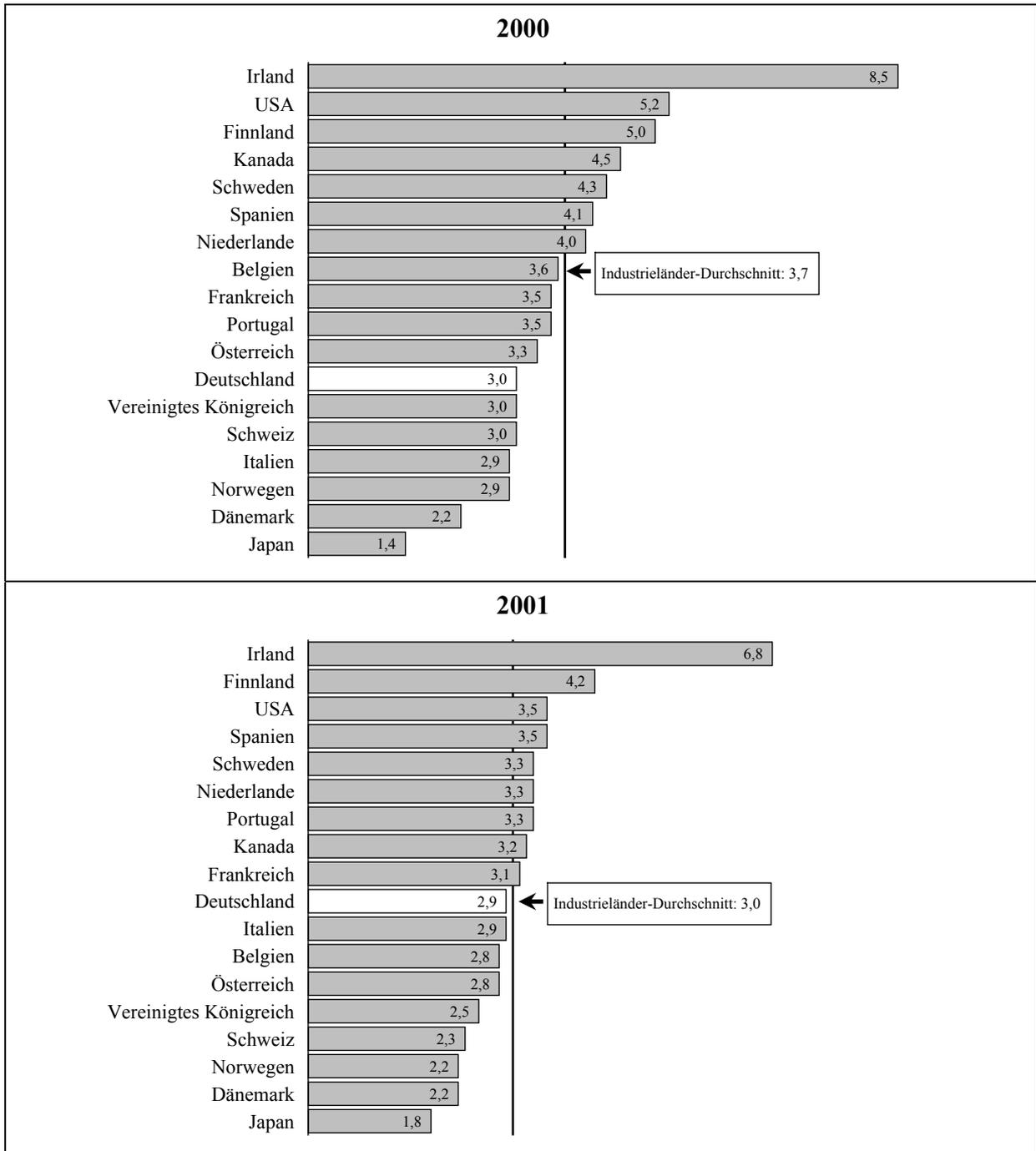
- Der steilere Produktivitätspfad geht einher mit einer effektiveren Nutzung des ohnehin stark ausgeweiteten und modernisierten Kapitalstocks.

Dies vergrößert den Spielraum für ein spannungsfreies Wirtschaftswachstum zusätzlich.

Schaubild 2:

Wirtschaftswachstum 2000/2001

- Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent -



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

- Der Innovationsdruck und der davon getriebene Investitionsschub ist mit einem Produktivitätsfortschritt verbunden, der sich zyklunenabhängig entwickelt.

Beide Momente überlagern somit zyklische Bewegungen der amerikanischen Wirtschaft. Nach dem gegebenen Stand der wissenschaftlichen Forschung ist nicht mit hinreichender Sicherheit auszumachen, welche der beiden Faktoren momentan größeres Gewicht hat. Für das zyklische Moment sprechen Spannungsindikatoren, wie vor allem der deutlich gestiegene Preisdruck: Der Verbraucherpreisanstieg hat sich innerhalb eines Jahres nahezu verdoppelt und beträgt am aktuellen Rand fast 4 Prozent. Für das nichtzyklische Moment spricht vor allem, dass der technische Fortschritt, der die New Economy trägt, bis zuletzt keinen Dynamikverlust erkennen lässt.

In dieser Prognose wird angenommen, dass die amerikanische Wirtschaft im kommenden Jahr mit 3,5 Prozent deutlich langsamer wachsen wird als in diesem. Nach den beschriebenen Unsicherheiten und Erfahrungen der letzten Jahre impliziert diese Prognose aber auch, dass die Möglichkeit einer Unterschätzung des amerikanischen Wachstums größer ist als die einer Überschätzung. Unabhängig hiervon gilt: Auch unter den eher vorsichtigen Voraussetzungen wird das amerikanische Wirtschaftswachstum im kommenden Jahr immer noch dynamischer ausfallen als in den meisten anderen Industrieländern (Schaubild 2). Und es liegt deutlich über jener Rate, die in Deutschland als höchster BIP-Zuwachs des laufenden Konjunkturzyklus verbucht wird.

Wegen des hohen Gewichts der amerikanischen Wirtschaft hinterlässt deren Wachstumsverlangsamung Spuren bei der Entwicklung von Welthandel und Weltproduktion. Das trifft vor allem für jene Regionen zu, die mit den USA in besonderem Maß arbeitsteilig verbunden sind, vor allem also Südamerika und Japan.

*Japan:
zaghafte Erholung*

Von Japans Exporten gehen rund ein Drittel in die USA. Konjunkturell schwächer tendierende US-Importe trafen Japan insofern überdurchschnittlich. Dies käme insofern ungelegen, als die zaghafte Erholungstendenzen der japanischen Wirtschaft, abgesehen von den Impulsen der Konjunkturprogramme vom Herbst 1999, von den lebhafteren Ausfuhren getragen wer-

den. Insofern ist nicht auszuschließen, dass aus dem Zusammenwirken verminderter Ausfuhren und geringerer fiskalischer Impulse die Aufschwungskräfte wieder erlahmen. Denn von einer selbsttragenden Inlandskonjunktur ist Japan trotz unbestreitbarer Erfolge bei Reformen des Finanz- und Unternehmenssektors noch weit entfernt. Vor allem der Private Verbrauch tendiert bei sinkender Beschäftigung und geringen Einkommenszuwächsen weiterhin schwach. Da die Energieversorgung Japans deutlich stärker von Erdölimporten abhängig ist als die der meisten anderen Industrieländer, ist die konjunkturelle Bedrohung eines anhaltend hohen Ölpreises dort auch größer als in Westeuropa oder in Nordamerika.

*Europa:
Aufschwung setzt
sich fort*

Für die Euro-Zone wird erwartet, dass das zusammengefasste reale BIP im kommenden Jahr etwas langsamer zunehmen wird als in diesem. Neben den leicht eingetrübten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist hierbei in Rechnung zu stellen, dass die EZB seit nunmehr fast einem Jahr die monetären Bremsen anzieht. Der Hauptfinanzierungssatz wurde in sechs Schritten von 2,5 auf 4,5 Prozent angehoben.

Diese für den Euro-Währungsraum einheitliche Geldpolitik trifft in den einzelnen Ländern der Euro-Zone auf unterschiedliche konjunkturelle Gegebenheiten:

- Finnland, Irland, Luxemburg, die Niederlande, Spanien und Portugal sind Volkswirtschaften, deren Wirtschaftswachstum bereits seit Mitte der 90er-Jahre den Durchschnitt der Euro-Zone übertrifft. In diesen Ländern liegt das Wachstumstempo inzwischen über dem des Produktionspotenzials und kann somit nicht mehr als spannungsfrei eingestuft werden.
- In Italien, Deutschland sowie mit Einschränkungen in Österreich und Frankreich fiel das Wachstum seit Mitte der 90er-Jahre unterdurchschnittlich aus. Die in diesen Ländern am aktuellen Rand freundlicheren Wachstumsperspektiven treffen somit noch auf freie Kapazitätsreserven. Außerdem ist in Rechnung zu stellen, dass es in einigen dieser Länder wirtschaftspolitische Besonderheiten gibt, die die Wirkungen der monetären Restriktionen überlagern. In diesem Zusammenhang sind die für

Frankreich und Deutschland annoncierten Steuererleichterungen wichtig.

Für die Wechselkursentwicklung wird in dieser Prognose unterstellt, dass sich der Euro im Prognosezeitraum leicht erholen und im Verlauf des kommenden Jahres gegenüber dem US-Dollar annähernd Wechselkursparität erreichen wird. Denn das Wachstumsdifferenzial zwischen den USA und dem Euro-Raum wird sich im weiteren Verlauf nahezu einebnen. Damit entfällt ein wesentlicher Grund für den Abwertungsdruck beim Euro (Grömling, 2000). Von der Wechselkursseite werden somit keine positiven Wettbewerbseffekte mehr ausgehen.

Alles in allem ist das weltwirtschaftliche Umfeld nicht unfreundlich. Bei immer noch kräftig wachsender US-Wirtschaft gleichen sich in Europa die Wachstumsraten auf vergleichsweise hohem Niveau an. Auch bei den konjunkturellen Vorreitern der Euro-Zone bleibt das Wachstumstempo hoch, und es übertrifft immer noch die Dynamik der Nachzügler (Schaubild 2). Für die aufstrebenden Volkswirtschaften Südostasiens und Südamerikas wird angenommen, dass der günstige Konjunkturtrend nicht von erneuten Finanzkrisen gestört wird. Die Reformstaaten Mittel- und Osteuropas können im kommenden Jahr ihren Output in etwa gleichem Ausmaß steigern wie in diesem Jahr.

Der Preisanstieg wird in den Industrieländern nicht größer ausfallen als in diesem Jahr. Hierbei wird vermutet, dass die monetären Restriktionen im kommenden Jahr stabilisierend durchschlagen. Für die Euro-Länder wird weiterhin angenommen, dass über den Euro-Wechselkurs kein zusätzlicher Inflationsimport zu erwarten ist.

Dieses insgesamt positive Prognosebild wird allerdings durch den seit dem Frühjahr 1999 anziehenden Ölpreis getrübt. Mit 35 Dollar je Barrel war er Anfang September 2000 dreimal so hoch wie zu Beginn des Jahres 1999. Hoffnungen, dass die Ölstaaten durch vermehrte Förderungen den Preisdruck mildern, haben sich bis dahin nicht erfüllt. Möglicherweise sind die technischen Möglichkeiten hierfür nicht überall gegeben. Außerdem besteht innerhalb der OPEC diesbezüglich keine einhellige politische Haltung. Erschwerend kommt hinzu, dass die Vorratslager weitgehend geräumt sind, so

*Konjunkturrisiko
Ölpreis*

dass auch von dieser Seite eine flexiblere Angebotspolitik kaum umzusetzen ist.

Die Nachfrage nach Erdöl hängt überwiegend von den Konjunkturtrends in den Verbraucherländern ab. Die für 2001 erwartete leichte Konjunkturberuhigung reicht sicherlich nicht aus, um die Ölnachfrage nennenswert zu drücken. Insofern stellen die derzeit hohen Ölpreise zweifellos ein konjunkturelles Gefahrenpotenzial dar. Es ist zwar nicht mehr so dominant wie in den 70er und 80er-Jahren, weil die Verbrauchsländer inzwischen die Ölintensität der Produktion deutlich verringert haben. Gleichwohl drücken die steigenden Ölpreise in den Verbrauchsländern das für die heimische Produktion relevante Kaufkraftpotenzial, und sie wirken inflationsbeschleunigend.

Zuverlässige Prognosen über die weitere Entwicklung der Ölpreise gibt es nicht. Hier wird als zuversichtliches Szenario unterstellt, dass der momentane Höhenflug des Ölpreises bald beendet sein wird und er sich auf ein mittleres Niveau zurückbildet. Anderenfalls wäre eine Prognoserevision erforderlich. Laut einer OECD-Modellrechnung kann ein Ölpreisanstieg von 10 Dollar je Barrel das Wirtschaftswachstum der Industrieländer um rund 0,2 Prozentpunkte drücken (OECD, 1999, 9).

*Deutscher Export
stützt weiter*

Das insgesamt freundliche weltwirtschaftliche Umfeld ließ die deutschen Warenexporte im Laufe dieses Jahres kräftig expandieren. Im ersten Halbjahr sind sie nominal um reichlich 17 Prozent und preisbereinigt um schätzungsweise 15 Prozent angestiegen. Die Auftragseingänge aus dem Ausland (Schaubild 3) lassen vermuten, dass sich die lebhafte Auslandsnachfrage vorerst fortsetzen wird. Damit legt der deutsche Warenexport volumenmäßig in diesem Jahr um rund 5 Prozentpunkte kräftiger zu als der Welthandel. Deutschland kann also nennenswerte Marktanteile zurückgewinnen. Hierbei haben die wettbewerbspfleglichen Tarifabschlüsse und die Abwertung des Euro gegenüber Drittländer-Währungen beigetragen.

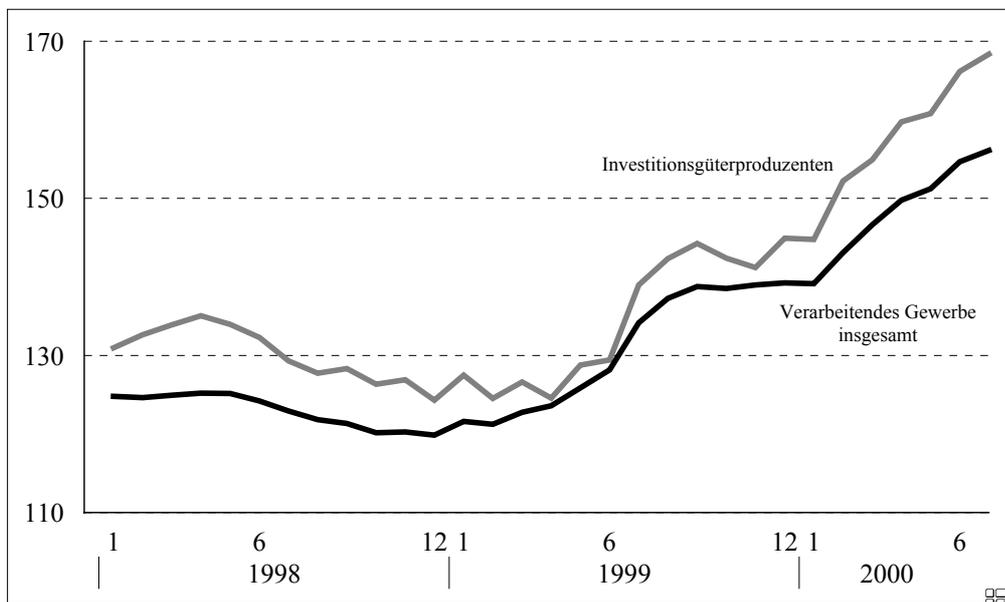
Allerdings zeigt eine regionale Aufgliederung des deutschen Exports, dass die Drittländerexporte (1. Halbjahr 2000 gegenüber Vorjahr: + 18,5 Prozent) nicht wesentlich rascher angestiegen sind als die deutschen Lieferungen an die Euro-Partner (16,3 Prozent). Dies lässt vermuten, dass

der Euro-Abwertungsvorteil zwar wirksam war, aber durch andere Faktoren flankiert worden ist. Denn es ist im Blick zu halten, dass der konjunkturelle Sogeffekt im bisherigen Verlauf des Jahres 2000 in den Drittländern (insbesondere USA, Mittel- und Osteuropa, Südostasien) größer war als in der Euro-Zone.

Schaubild 3:

Auftragseingang aus dem Ausland

- 1995 = 100; preis- und saisonbereinigt, gleitende Drei-Monatsdurchschnitte -



Quelle: Deutsche Bundesbank.

Nach Waren gegliedert, zeigt sich, dass beim Außenhandel des ersten Halbjahres 2000 Produkte der New Economy (Telekommunikation: +53 Prozent; Büromaschinen, EDV: +35 Prozent) ebenso überdurchschnittlich erfolgreich waren wie Erzeugnisse der Old Economy (Landwirtschaftsgüter: +31 Prozent; Eisen und Stahl: +32 Prozent; Holz, Möbel, Papier: +25 Prozent).

Für das kommende Jahr deutet sich an, dass die Warenexporte weiter kräftig zulegen werden. Die anhaltend gute Konjunktur in den benachbarten EU-Partnerländern, die nur leichte Abschwächung in Nordamerika und die weiterhin lebhaftere Importnachfrage in Mittel- und Osteuropa sprechen dafür. Vom Wechselkurs werden unterstelltermaßen zwar keine zusätzlichen Wettbewerbsvorteile ausgehen, doch die sich abzeichnenden

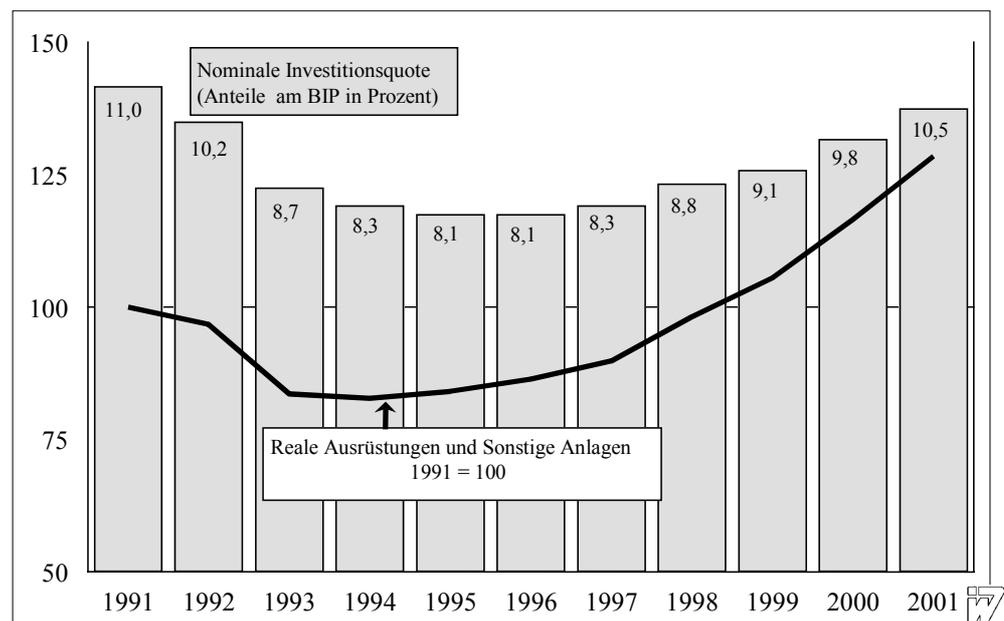
Tariflohntrends lassen vermuten, dass der deutsche Lohnstückkostenvorteil bestehen bleibt. Weiter kann ins Kalkül gestellt werden, dass die OPEC-Staaten und andere Ölexportländer wie vor allem Russland im Zuge steigender Öleinnahmen ihre Importnachfrage ausweiten werden. Insgesamt dürfte der deutsche Warenexport um rund 9 Prozent zulegen. Das wäre nochmals 1 Prozentpunkt mehr als das Welthandelwachstum.

Will man die konjunkturellen Wirkungen des Außenhandels auf die deutsche Konjunktur abschätzen, muss er in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) dargestellt, also einschließlich des Dienstleistungshandels erfasst werden. Dann fällt der reale Anstieg der Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen etwas langsamer aus, nämlich um 11 Prozent in diesem und um 8,5 Prozent im kommenden Jahr. Der reale Außenbeitrag, der in diesem Jahr mit 47 Milliarden DM um fast 15 Milliarden DM größer ausfiel als 1999, wird 2001 noch weiter, nämlich auf gut 50 Milliarden DM ansteigen. Damit gehen vom Außenhandel per saldo weiter kräftige Konjunkturimpulse aus.

Gleichzeitig wird aber die Inlandsnachfrage vermehrt konjunkturtragende Funktionen übernehmen wird. Die Basis des Aufschwungs der deutschen Wirtschaft wird somit breiter.

Schaubild 4:

Investitionen in Ausrüstungen und Sonstige Anlagen



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Hierzu haben in erster Linie die Ausrüstungsinvestitionen und Investitionen in Sonstige Anlagen beigetragen. Diese für das Wirtschaftswachstum, das Alter und die Modernität des Produktionspotenzials wichtige Stellgröße war hierzulande während der 90er-Jahre Sorgenkind der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Durchschnitt der Jahre 1992/97 sind die um die Sonstigen Anlagen erweiterten Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt um 1,6 Prozent geschrumpft. Die Investitionsquote, hier als Anteil der Ausrüstungen und Sonstigen Anlagen am BIP definiert, ging von 11 auf 8 Prozent zurück (Schaubild 4). Der Kapitalstock wurde in dieser Periode somit nicht ausgebaut, er veraltete, und sein technologischer Reifegrad blieb - verglichen beispielsweise mit den USA - zurück. Für den Wachstumsspielraum der deutschen Wirtschaft ist dies eine belastende Hypothek.

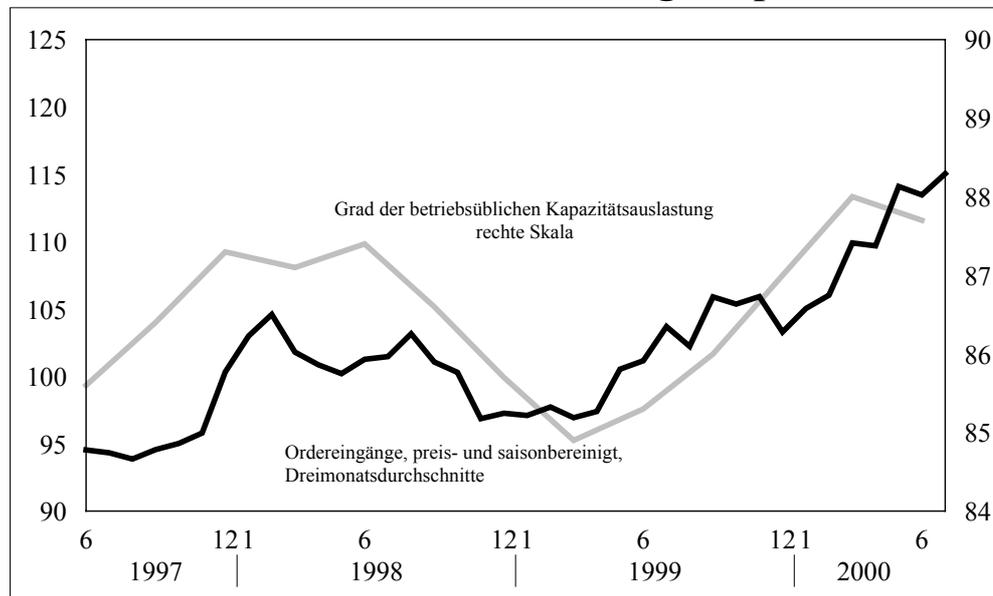
Insofern überrascht es nicht, dass am Ende der 90er-Jahre trotz einer nur verhalten aufwärts tendierenden Konjunktur die Produktionskapazitäten des Verarbeitenden Gewerbes mit durchschnittlich 86 Prozent vergleichsweise hoch ausgelastet waren. Früher galten 83 bis 84 Prozent als durchschnittlich hohe Auslastung der industriellen Produktionskapazitäten. Schaubild 5 zeigt denn auch, dass der seit Frühjahr 1999 steigende Auslastungsgrad die Investitionsnachfrage nach oben gezogen hat.

Jedenfalls hat sich seit 1998 die Investitionskonjunktur allmählich verbessert. Die Investitionsquote stieg wieder auf rund 9 Prozent an. Mehrere Faktoren stehen dahinter:

- Die zunächst exportgetragene Belebung der Industriekonjunktur erzwang wegen der vorherigen Investitionsschwäche frühzeitig Kapazitätsausweitungen.
- Der Modernisierungstau, der sich in den frühen 90er-Jahren aufgebaut hat, konnte bei aufgehellter Gewinnsituation und allmählich verbesserten Absatzperspektiven in Angriff genommen werden.
- Im Jahr 1999 zwangen die Umstellungsprobleme zur Jahrtausendwende zu investiven Nachrüstungen im Bereich der Datenverarbeitung.

Schaubild 5:

Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe und Inlandsorders bei Investitionsgüterproduzenten



Quelle: Deutsche Bundesbank; ifo-Institut.

Ausrüstungen im Aufwind

In diesem Jahr kam ein neues Element hinzu, das sich positiv auf das heimische Investitionsklima ausgewirkt hat. Die Regierung demonstrierte mit verschiedenen allfälligen Reformen politische Handlungsfähigkeit. Vor allem mit der Verabschiedung der Steuerreform hat sie politische Glaubwürdigkeit gewonnen. Bei Investoren und Verbrauchern löste dies eine Stabilisierung der Erwartungen aus, deren konjunkturpsychologische Hebelkraft nicht unterschätzt werden darf. Jedenfalls entsteht in der öffentlichen Meinung der Eindruck, dass die lang andauernde Phase der Wellblechkonjunktur überwunden und ein dauerhafter Aufschwung erreichbar ist.

Die Investoren haben auf dieses Signal deutlich reagiert. Die um die Sonstigen Anlagen erweiterten Ausrüstungen sind im ersten Halbjahr 2000 preisbereinigt um 10 Prozent aufgestockt worden. Diese Entwicklung wird sich im Prognosezeitraum vermutlich ungebrochen fortsetzen. Denn die bislang positiv auf die Investitionstätigkeit einwirkenden Faktoren behalten weiter Kraft. Hinzu kommt, dass Anfang 2001 im Zuge der Steuerreform die Körperschaftsteuer für thesaurierte Gewinne von 40 auf 25 Prozent gesenkt wird. Dies stärkt das Eigenfinanzierungspotenzial investierender Kapitalgesellschaften.

Im Gegenzug werden ab dem 1.1.2001 die Abschreibungsbedingungen verschlechtert. Dies löst vermutlich am Ende des laufenden Jahres Vorzieheffekte aus. In Reaktion darauf dürfte es zu Beginn des Jahres 2001 zu Ausfällen kommen. Allerdings sollte dieser Verlagerungseffekt nicht überbewertet werden. In großen Unternehmen ist die Investitionstätigkeit in langfristige Investitionsstrategien eingebettet, von denen kurzfristig nur minimal abgewichen werden kann. Außerdem sind bei größeren Investitionsprojekten die Planungs-, Bestell- und Realisierungsfristen zu lang, um flexibel auf die endgültig erst im Sommer 2000 verabschiedeten Reformpläne reagieren zu können. Die Inlandsorders bei den Investitionsgüterherstellern lassen denn auch bis zum Sommer 2000 keine auffälligen Abweichungen vom Trend erkennen (Schaubild 5).

Jedenfalls verbessert der zweistellige Zuwachs der Ausrüstungsinvestitionen in diesem und im kommenden Jahr die Qualität des Aufschwungs. Mitunter wird bereits argumentiert, dass der steigende Investitionsgehalt ein Indiz dafür sei, dass die New Economy nach Deutschland komme. In der Tat sind die makroökonomisch messbaren Kennzeichen der New Economy in den USA eine überaus kräftige Investitionsdynamik und ein damit verbundener organisatorischer Wandel, der die Produktivitätsdynamik ungemein beschleunigt hat. Dieser Trend ist in den USA seit 1992 zu beobachten. Seitdem legen die Ausrüstungen (einschließlich der Sonstigen Anlagen) im jährlichen Durchschnitt preisbereinigt um 12 Prozent zu. Die Bundesrepublik wächst dagegen erst jetzt in solche Größenordnungen hinein. Außerdem rekrutieren sich in den USA die Ausrüstungsinvestitionen zur Hälfte aus hochtechnologischen Anlagen des Informations- und Kommunikationssektors. In Deutschland entfällt lediglich knapp ein Viertel auf dieses Segment.

*New Economy in
Deutschland?*

Insofern kann bestenfalls gehofft werden, dass die jüngst in der Bundesrepublik deutlich verbesserte Investitionstätigkeit in einen dauerhaften Trend einmündet. Selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde hierzulande die New Economy, soweit sie sich in konkreter Investitionstätigkeit ablesen lässt, acht Jahre später als in den USA starten. Überdies gibt es in den USA ordnungspolitische Rahmenbedingungen, wie deregulierte und flexible Märkte,

die hierzulande in ausreichendem Umfang erst noch umgesetzt werden müssen.

Tabelle 2:

West- und ostdeutsche Baukonjunktur im 1. Halbjahr 2000

- Veränderung gegen Vorjahr in Prozent -

	Westdeutschland	Ostdeutschland
	Umsatz	
Wohnungsbau	-3,1	-19,6
Wirtschaftsbau	1,5	-8,3
Öffentlicher Bau	-0,4	-3,3
Bauhauptgewerbe insgesamt	-0,7	-10,9
	Geleistete Arbeitsstunden	
Wohnungsbau	-5,7	-23,3
Wirtschaftsbau	-3,3	-16,1
Öffentlicher Bau	-4,2	-7,8
Bauhauptgewerbe insgesamt	-4,6	-16,9
	Auftragseingänge (preisbereinigt)	
Wohnungsbau	-8,6	-21,1
Wirtschaftsbau	-6,2	-10,1
Öffentlicher Bau	-6,6	-6,6
Bauhauptgewerbe insgesamt	-6,9	-12,4

Quelle: Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e.V.

Bauinvestitionen: Konjunkturbremse

Mit Abstand schwächste Komponente der Inlandsnachfrage sind die Bauinvestitionen. Sämtliche Indikatoren der Bautätigkeit signalisieren für das erste Halbjahr 2000 rezessive Tendenzen (Tabelle 2). Dies trifft für die neuen Bundesländer in ungleich größerem Ausmaß zu als für die alten. Umsätze und geleistete Arbeitsstunden sind im Osten mit zweistelligen Raten gesunken. Wegen des höheren Gewichts, das dort die Bauwirtschaft für die Wertschöpfung hat, prägt die Bauschwäche die gesamte Konjunktur Ostdeutschlands. Die bemerkenswert positiven Entwicklungstrends im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands reichen jedenfalls als Gegengewicht bisher nicht aus.

Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe lassen bis zum Sommer 2000 keine Anzeichen einer Trendwende erkennen. Bestenfalls beim Wirtschaftsbau sind neuerdings Spuren einer Aufwärtsbewegung erkennbar. Gleich-

wohl gibt es einige Argumente, die für eine allmähliche, vorerst freilich nur leichte Besserung der Baukonjunktur sprechen:

- Verbesserte Beschäftigungsperspektiven und stabilere Zukunftserwartungen, die sich auf eine stärker reformorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik stützen, könnten den Eigenheimbau positiv beeinflussen.
- Die sich entspannende Haushaltslage von Bund und Kommunen könnte den seit 1994 rückläufigen öffentlichen Bau abfedern.
- In die gleiche Richtung wirkt die Zusage des Bundesverkehrsministers, zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur der Bahn ab 2001 jährlich 2 Milliarden DM bereitzustellen.

Dies reicht zwar noch nicht aus, um die Bautätigkeit nachhaltig zu beleben, wohl aber könnte dadurch der Abwärtstrend abgefangen werden. Hinter dem prognostizierten Zuwachs der realen Bauinvestitionen von rund 1 Prozent im kommenden Jahr stehen im Osten allerdings nochmals leicht rückläufige Bauten. Im Westen stellt sich die Lage etwas freundlicher dar.

Vom Privaten Verbrauch gingen in den 90er-Jahren keine nennenswerten Konjunkturimpulse aus. Von 1992 bis 1998 nahm er preisbereinigt im Jahresdurchschnitt um lediglich 1,1 Prozent zu. Im Hintergrund dieser Konsumschwäche standen drei Faktoren:

Konsumschwäche

- Bei den unzulänglichen Beschäftigungseffekten des schwach ausgeprägten und von zwischenzeitlichen Schwächeperioden immer wieder unterbrochenen Aufschwungs blieben Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzrisiken groß. Dies dämpfte von der Beschäftigungsflanke die Einkommensentwicklung und über die mentale Schiene das Konsumklima.
- Die anhaltend hohen Steuern und Abgaben belasten das Kaufkraftpotenzial der privaten Haushalte. Von 1993 bis 1998 stiegen die Arbeitseinkommen brutto im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent an. Nach Abzug von Steuern und Sozialabgaben verblieb nur ein Anstieg der Nettoverdienste um 0,5 Prozent (Tabelle 3).

- Die Unstetigkeit wirtschafts-, sozial- und finanzpolitischer Entscheidungen verunsicherte die Konsumenten und ließ eine Stabilisierung der Verbrauchererwartungen nicht zu.

Tabelle 3:

Arbeitnehmerentgelt und "Steuerkeil"

- Inländerkonzept, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Bruttoentgelt je Arbeitnehmer	10,4	4,1	3,0	3,6	1,3	0,8	1,1	1,1	2,5	3,0
Arbeitnehmer	-1,9	-1,7	-0,5	0	-0,4	-0,5	0,9	1,3	1,5	1,2
Bruttoentgelt aller Arbeitnehmer	8,5	2,4	2,5	3,6	0,9	0,3	2,0	2,4	4,0	4,2
"Steuerkeil" ¹⁾	2,0	-0,6	2,8	2,8	1,4	2	0	-0,2	-0,3	-0,9
Nettoentgelt aller Arbeitnehmer	6,5	3	-0,3	0,8	-0,5	-1,7	2,0	2,6	4,3	5,1
Nettoentgelt je Arbeitnehmer	8,4	4,7	0,2	0,8	-0,1	-1,2	1,1	1,3	2,8	3,9

1) Differenz zwischen den prozentualen Veränderungsdaten von Brutto- und Nettoentgelt.
Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Seit 1999 tendiert der Private Verbrauch etwas freundlicher. Nach einer kräftigen Erholung im ersten Halbjahr, in dem die Privaten Verbrauchsausgaben preisbereinigt das Vorjahresniveau um fast 3 Prozent überschritten hatten, zeigte sich der Private Konsum in der zweiten Hälfte des Jahres 1999 etwas ruhiger. Immerhin wurde 1999 mit real 2,6 Prozent der kräftigste Konsumschub dieses Zyklus registriert. Die Ursachen für diese Besserung:

- Die Zahl der abhängig Beschäftigten nahm 1999 um 1,3 Prozent zu. Dies ist der kräftigste Anstieg seit 1991.
- Geringere Steuern und Sozialabgaben haben den Steuerkeil verringert. Bei einem Anstieg der Bruttoentgelte aller Arbeitnehmer um 2,4 Prozent stiegen die Nettoentgelte 1999 insgesamt um 2,6 Prozent (Tabelle 3).
- Im Zuge einer mehr reformorientierten Politik nahm die Konsumneigung zu.

*Keine Trendwende
beim Konsum?*

Diese Faktoren bleiben während des Prognosezeitraums weiter wirksam. Umso mehr überrascht der schwache Start in das Jahr 2000. Nachdem die

Privaten Verbrauchsausgaben im vierten Quartal 1999 noch um 2,3 Prozent zugelegt hatten, waren es im ersten Quartal 2000 nur noch 1,2 Prozent. Im zweiten Vierteljahr des laufenden Jahres wurde zwar wieder der alte Wachstumstrend von über 2 Prozent erreicht. Doch die Konsumschwäche zu Jahresbeginn, für die es eigentlich keine überzeugenden Erklärungen gibt, hinterlässt beim statistischen Durchschnitt des Jahres 2000 ihre Spuren. Der Zuwachs der Privaten Verbrauchsausgaben wird mit 2,3 Prozent unter dem Vorjahresergebnis (2,6 Prozent) liegen. Im Hintergrund stehen die Weltmarktpreise für Erdöl, die im Verlauf dieses Jahres erheblich angezogen haben. Zusammen mit der Euro-Abwertung hat dies die deutsche Ölrechnung gravierend verteuert. Sie dürfte in diesem Jahr etwa doppelt so hoch ausfallen wie 1999. Ohne diesen Effekt wäre in diesem Jahr ein Anstieg der realen Konsumausgaben der privaten Haushalte in ähnlicher Größenordnung wie 1999 erreichbar gewesen.

Der Ölpreis bleibt auch für das Konsumklima des kommenden Jahres eine entscheidende Stellgröße. Selbst wenn er sich auf das Niveau vom ersten Halbjahr 2000 (26,70 Dollar je Barrel) zurückbilden sollte, läge er nur unwesentlich unter dem Durchschnittspreis dieses Jahres und um fast 10 Dollar über dem Niveau von 1999. Die Ölrechnung der Bundesrepublik wird dann, selbst wenn man leichte Mengenreaktionen unterstellt, nicht niedriger ausfallen als in diesem Jahr.

Der Private Verbrauch entwickelt sich in engem Kontakt mit dem verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte (Schaubild 6). Für das Jahr 2001 zeichnen sich zwei Einflüsse ab, die die verfügbaren Einkommen beschleunigt steigen lassen, ohne dass die Tariflöhne und damit die Arbeitskosten und die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft strapaziert würden:

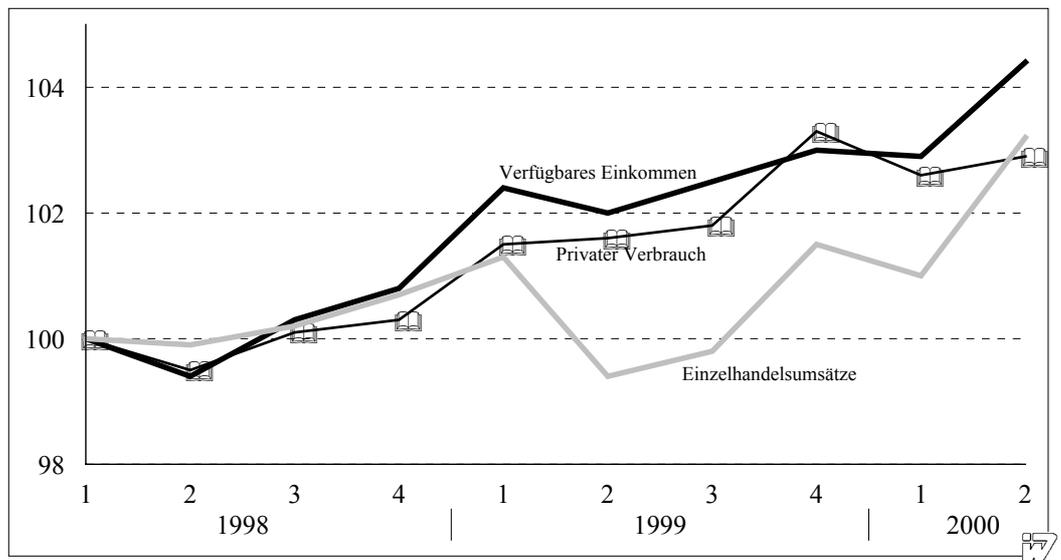
- Die Zahl der Erwerbstätigen (siehe unten) wird weiter mit einer Rate von über 1 Prozent ansteigen.
- Im Rahmen der Steuerreform werden zu Jahresbeginn die Steuersätze bei der Lohn- und Einkommensteuer deutlich zurückgeführt. Die Entlastungseffekte summieren sich im Jahr 2001 für die privaten Haushalte auf 18,5 Milliarden DM. Rein rechnerisch macht dies knapp ein Fünftel

der nominalen Zunahme des Privaten Verbrauchs aus (siehe: Im Blickpunkt).

Schaubild 6:

Verfügbares Einkommen, Privater Verbrauch und Einzelhandelsumsatz

- Entwicklung der Realwerte, 1. Quartal 1998 = 100 -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

In die entgegengesetzte Richtung wirkt die dritte Stufe der Ökosteuer, die Anfang 2001 in Kraft treten wird. Sie verteuert die Kraftstoffe um 6 Pfennig je Liter. Hinzu kommt eine Stromsteuer von 0,5 Pfennig je Kilowattstunde. Dies schöpft bei den privaten Haushalten Kaufkraft in Höhe von 10 Milliarden DM ab. Hinzuzurechnen ist die über höhere Erdölpreise gestiegene Mehrwertsteuerbelastung. Unter der Prämisse leicht sinkender Ölpreise bindet dies im kommenden Jahr noch einmal Kaufkraft in Höhe von 2,8 Milliarden DM. Damit würden reichlich zwei Drittel der Entlastungseffekte der Steuerreform kompensiert.

Vor diesem Hintergrund sind die Hoffnungen, dass sich die Verbrauchskonjunktur im kommenden Jahr merklich beschleunigen wird, hinfällig geworden. Bestenfalls kann damit gerechnet werden, dass die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte im Tempo dieses Jahres zunehmen werden. Die momentan diskutierte steuerliche Entlastung der Berufspendler ist bei dieser Prognose nicht einkalkuliert worden.

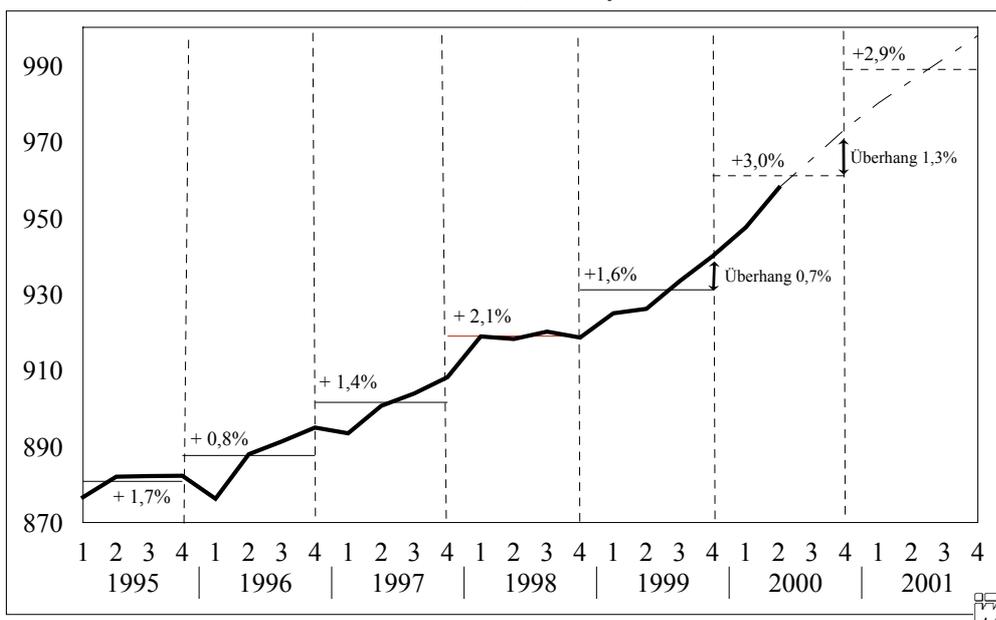
*Produktionsanstieg
beschleunigt sich nicht*

Die Inlandsnachfrage legt bei den skizzierten Entwicklungstrends von Investitionen und Privatem Verbrauch im kommenden Jahr nicht wesentlich rascher zu als in diesem. Die Erwartung, dass das Aufschwungstempo im_kommenden Jahr zunehmen könnte, war vom konjunkturodogenen Ansatz an und für sich plausibel. Doch erneut wird eine kräftigere Belebung der Inlandsnachfrage durch exogene Schocks (Ölpreisanstieg) und durch politische Störmomente (Ökosteuern) unterbunden. Insofern muss damit gerechnet werden, dass das reale BIP im kommenden Jahr etwas langsamer steigen wird als in diesem (Schaubild 7).

Schaubild 7:

Bruttoinlandsprodukt: Saisonbereinigtes Verlaufsprofil

- in Preisen von 1995; neue Systematik -



Quelle: Deutsche Bundesbank; eigene Prognosen.

Die Prognose, dass im kommenden Jahr ein Verbraucherpreisanstieg erreicht wird, der nicht höher ausfällt als in diesem, stützt sich auf den nach wie vor geringen heimischen Preisdruck: Von Anfang 1999 bis einschließlich Juli 2000 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um 3,2 Prozent an, der Teilindex für Heizöl und Kraftstoffe indes um über 42 Prozent. Ohne den Ölpreisschub hätten sich die Verbraucherpreise lediglich um 1,7 Prozent erhöht. Doch diese Preisprognose müsste

ebenfalls verändert werden, wenn sich der Mineralölpreis anders entwickeln sollte als hier angedeutet.

Die Arbeitsmarktprognose für das Jahr 2001 steht vor besonderen statistischen Problemen. Die neuerliche Revision der Erwerbstätigenstatistik im Rahmen der VGR, die das Statistische Bundesamt Ende August dieses Jahres veröffentlichte, hat die statistische Basis fundamental verändert. Die Revision war erforderlich geworden, weil die veränderten gesetzlichen Regeln für die geringfügige Beschäftigung und die damit verbundene Meldepflicht eine neue statistische Erfassungsgrundlage geschaffen hat. Damit hat sich die deutsche Erwerbstätigenstatistik weiter an das internationale Labour-Force-Konzept angenähert. Dieses Konzept erfasst jede Erwerbstätigkeit unabhängig vom Stundenkriterium.

*Unsichere
statistische Basis*

Seit April 1999 ist damit in der Erwerbstätigenstatistik gemäß VGR ein zweiter Niveausprung vollzogen worden. Die Korrektur von 1999 ist teilweise auf das Einbeziehen aktuellerer Teilstatistiken (Handwerks- und Gaststättenzählung) und auf die neue Wirtschaftszweigsystematik zurückzuführen. Die aktuelle Revision erklärt sich überwiegend mit der besser erfassten geringfügigen Beschäftigung. Dahinter steht eine neue Statistik, die von der Bundesanstalt für Arbeit gerade aufgebaut wird. Ihre Ergebnisse liegen bisher noch nicht vor. Doch es deutet sich bereits jetzt an, dass der Mikrozensus des Statistischen Bundesamts, der bisher bei der Schätzung geringfügig Beschäftigter verwendet worden ist, die sich nun abzeichnende Größenordnung um mindestens 1,5 Millionen unterschätzt hat. Durch diese Revision hat sich die Prognosebasis in vier Punkten merklich verändert (Tabelle 4):

*Bessere Erfassung
der Geringfügigkeit*

1. Die Zahl der Erwerbstätigen des Jahres 1999 wurde kräftig um über 1,8 Millionen nach oben korrigiert. Bis zur Jahresmitte 2000 ist der Abstand zur alten Rechnung weiter auf über 2,2 Millionen gewachsen. Hierbei mag eine Rolle spielen, dass mit der Neufassung geringfügiger Beschäftigung möglicherweise geringfügige Nebenerwerbstätigkeit in eine ausschließlich geringfügige Beschäftigung umgewandelt worden ist (ISG/Kienbaum, 1999, 49). Dieser Effekt dürfte aber im Zeitablauf geringer werden und damit den statistischen Beschäftigungsaufbau im nächsten Jahr dämpfen.

Alles in allem sind also seit April 1999 durch statistische Korrekturen über 4 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze in Deutschland statistisch erfasst worden. Neben dem erneuten Niveausprung hat sich auch der Beschäftigungsverlauf erheblich verändert. Vor der Revision betrug der Beschäftigungsaufbau des Jahres 1999 lediglich 106.000, nach der Revision dagegen 400.000. Die Veränderung gegenüber 1999 ist damit von 0,3 auf 1,1 Prozent korrigiert worden. Für das erste Halbjahr 2000 ergibt sich nun bereits ein Anstieg gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum von 1,7 Prozent.

Tabelle 4:

Effekte der VGR-Revision Berichtsjahr 1999

	Vor der Revision	Nach der Revision	Differenz in Prozent
Erwerbstätige im Inland (1.000)	36.106	37.942	5,1
Erwerbslose (1.000)	3.563	3.428	-3,8
Erwerbslosenquote (Prozent)	9,0	8,3	-7,8
Arbeitsvolumen (Mrd. geleistete Arbeitsstunden)	56.188	57.031	1,5
Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen (Stunden)	1.556	1.503	-3,4
Geleistete Arbeitsstunden je Arbeitnehmer (Stunden)	1.478	1.422	-3,8
Reales BIP je Erwerbstätigen (DM/Monat)	8.610	8.190	-4,9
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde (DM)	66	65	-1,5
Bruttolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (DM/Monat)	4.260	4.080	-4,2
Nettolohn- und -gehaltssumme je Arbeitnehmer (DM/Monat)	2.710	2.610	-3,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Die Beschäftigungszunahme verteilt sich außerdem nicht gleichmäßig auf die einzelnen Sektoren. Während sich die Beschäftigung in der Landwirtschaft nicht und im Produzierenden Gewerbe nur geringfügig verändert hat, reagierte die Arbeitsplatzbilanz der Dienstleister deutlich stärker. Das größte Plus von 770.000 gab es im Sektor Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Auch bei den unternehmensnahen Dienstleistern zeigt sich ein Arbeitsplatzanstieg von rund 600.000. Damit hat sich die statistische Dienstleistungslücke Deutschlands gegenüber anderen Volkswirtschaften weiter verringert. Die Revision hat zudem die Zahl der Arbeitnehmer stärker steigen lassen als die Erwerbstätigkeit insgesamt. Die Zahl der

Selbstständigen wurde nach unten korrigiert. Die Selbständigenquote ist damit von 11,1 Prozent in alter Rechnung auf 10,4 Prozent in neuer Rechnung zurückgegangen. Sie hat sich damit wieder weiter vom internationalen Durchschnitt entfernt.

2. Die Arbeitslosenquote des Jahres 1999 wurde vom Statistischen Bundesamt vor der jüngsten Korrektur mit 9 Prozent ausgewiesen. Sie lag damit um 1,5 Prozentpunkte unter der Quote der Bundesanstalt für Arbeit (10,5 Prozent). Dies erklärt sich damit, dass das Bundesamt die Arbeitslosigkeit nach einer internationalen Abgrenzung erfasst. Nach neuer Rechnung ist die 99er Quote weiter auf 8,3 Prozent zurückgegangen. Dazu hat vor allem der Niveausprung in der Erwerbstätigkeit beigetragen. Aber auch die Arbeitslosenzahlen sind nach unten korrigiert worden. Dies kann damit zu tun haben, dass geringfügig Beschäftigte nach nationaler Erfassung gleichzeitig arbeitslos registriert sein und damit sowohl im Nenner wie im Zähler der Arbeitslosenquote stehen können. Anders ist es in der international üblichen Zählweise. Hier führt eine Tätigkeit von einer Stunde pro Woche bereits zum Verlust des Arbeitslosenstatus. Um diese Unterschiede zu dokumentieren, wurden im Prognosetableau (Tabelle 5) beide Unterbeschäftigungsquoten ausgewiesen.

*Arbeitslosenzahlen:
Revision nach unten*

Für das zweite Quartal 2000 wird inzwischen nach der VGR-Zählweise nur noch eine Arbeitslosenquote von 7,8 Prozent für Gesamtdeutschland registriert. Hochgerechnet ergibt sich für Westdeutschland eine Quote von nur noch 6,2 Prozent. Die besser erfassten geringfügig Beschäftigten entlasten aber die Nürnberger Arbeitslosenstatistik nur wenig. Denn zumeist kommen sie aus der Stillen Reserve oder aus dem Kreis der Nichterwerbspersonen (Rentner, Schüler, Studenten, Hausfrauen). Es handelt sich damit überwiegend um eine additive und nicht um eine zu den üblichen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen substitutive Beschäftigungsform.

*Arbeitszeit
statistisch gekürzt*

3. Die Arbeitszeit, pro Erwerbstätigen gerechnet, ist wie schon bei der 99er-Revision erneut deutlich nach unten korrigiert worden. Das gesamte Arbeitsvolumen ist aber wegen des starken Beschäftigungszuwachses nach oben verändert worden. Die bessere Erfassung der geringfügig Beschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten ließ die Arbeitszeit je

Erwerbstätigen von 1.556 auf 1.503 Stunden und, pro Arbeitnehmer gerechnet, sogar von 1.478 auf 1.422 Stunden zurückgehen. Damit steigt auch die Teilzeitquote. Sie dürfte nach der internationalen Definition von Teilzeitarbeit (die übliche Wochenarbeitszeit beträgt weniger als 30 Stunden) im Jahr 1999 statt gut 17 Prozent knapp 20 Prozent aller Erwerbstätigen ausgemacht haben.

4. Ein steigendes Arbeitsvolumen hat bei einem unveränderten Sozialprodukt statistische Auswirkungen auf das reale Sozialprodukt, auf die Produktivität und auf die Verdienste. Die Pro-Kopf-Arbeitsproduktivität (reales BIP je Erwerbstätigen und Monat) ist um knapp 5 Prozent oder gut 400 DM auf knapp 8.200 DM nach unten korrigiert worden. Je Arbeitsstunde gerechnet, geht die Produktivität revisionsbedingt allerdings mit 1,5 Prozent nur geringfügig zurück. Schließlich sinkt der durchschnittliche Brutto-Monatslohn je Arbeitnehmer durch die Revision um 190 DM, der Nettolohn um 100 DM.

Die Revision von Erwerbstätigenniveaus, Arbeitszeiten und Produktivitäten schlägt stark auf die Arbeitsmarktprognose für das Jahr 2001 durch. Von der neuen Basis ausgehend, liegen der Prognose folgende Überlegungen zugrunde:

*Annahmen der
Arbeitsmarkt-Prognose*

- Anders als in diesem Jahr beinhaltet der Kalender 2001 keine gravierenden Veränderungen der potenziellen Arbeitstage. Nach 253 Tagen in 1999 und knapp 250 Tagen in diesem Jahr wird im kommenden Jahr mit 249 Tagen der niedrigste Wert seit 1991 registriert werden. Dieser kalenderbedingte Rückgang der Arbeitstage steigert tendenziell die Stundenproduktivität.
- Die Zahl der offenen Stellen dürfte in diesem Jahr noch einmal kräftig steigen. Der gleitende 12-Monats-Durchschnitt deutet auf einen Zuwachs im Stellenbestand von 11 Prozent hin, so dass im Durchschnitt dieses Jahres erstmals über 500.000 offene Stellen gemeldet sein könnten. Allerdings findet die gute Stellenkonjunktur ausschließlich in den alten Ländern statt, die mit rund 450.000 offenen Stellen den höchsten Stand seit 1973 erreichen dürften. Es ist aber wahrscheinlich, dass sich diese günstige Entwicklung beim Frühindikator für einen Beschäftigungsan-

stieg im kommenden Jahr etwas abschwächen wird, denn der Gipfel der Stellenkonjunktur dürfte noch in diesem Jahr überschritten werden.

- Der erleichterte Abschluss befristeter Beschäftigungsverhältnisse soll zwar verlängert, aber die wiederholte Befristung ohne sachlichen Grund auf Neueinstellungen beschränkt werden. Gleichzeitig ist geplant, einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit einzuführen. Sollten beide Vorhaben Gesetz werden, dürfte sich dies negativ auf die Beschäftigungsdynamik auswirken, die zumindest für den aktuellen Rand eine Zunahme von befristeter Beschäftigung und von Teilzeitbeschäftigung signalisiert.
- Im Vorfeld einer anstehenden Novellierung der Arbeitsförderung wird der bisherigen Arbeitsmarktpolitik hinsichtlich Effizienz und Effektivität kein gutes Zeugnis ausgestellt. Die praktische Arbeitsmarktpolitik zeigt sich hiervon indes einstweilen noch unberührt. Insgesamt wird die Arbeitsmarktpolitik auf hohem Niveau fortgeführt, insbesondere in den neuen Ländern. Hier kommen auf 100 registrierte Arbeitslose noch einmal 27 Maßnahmenteilnehmer. Allerdings zeichnet sich für Ostdeutschland im laufenden Jahr eine Rückführung der Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen ab. Sollte dieser Trend anhalten, dürfte sich die Entlastungswirkung der Arbeitsmarktpolitik im kommenden Jahr etwas verringern.
- Seitens der Tarifpolitik drohen aus heutiger Sicht keine nennenswerten Gefahren für den weiteren Beschäftigungsaufbau. Die Lohnstückkosten dürften kaum steigen und den Beschäftigungsaufbau weiter fördern. Die Daten des ifo-Konjunkturtests vom Juli 2000 signalisieren, dass sich hinsichtlich der Beschäftigungserwartungen bei sechs Branchen binnen Jahresfrist der Negativsaldo in einen Positivsaldo gewandelt hat. Bei 23 Wirtschaftssektoren ist der Negativsaldo kleiner geworden. Nur drei Branchen sind skeptischer als vor einem Jahr. Die diesjährigen Tarifabschlüsse waren zudem überwiegend mit keiner weiteren tariflichen Arbeitszeitverkürzung verbunden. Von dieser Seite belastet somit kein exogener Produktivitätsdruck die Beschäftigungsentwicklung des kommenden Jahres.

Alles in allem sind die Perspektiven für einen weiteren Beschäftigungsaufbau und einen nochmaligen Rückgang der Arbeitslosigkeit günstig. Aus den genannten Gründen wird allerdings erwartet, dass sich die Arbeitsmarktsituation im kommenden Jahr leicht eintrübt: Auf der Basis des ersten Halbjahres 2000 wird für dieses Jahr ein Beschäftigungsaufbau von 1,5 Prozent erwartet, für das kommende Jahr aber nur noch einer von 1,2 Prozent (Tabelle 5). Gemessen an früheren Veränderungsdaten ist dies vergleichsweise hoch. Doch in den späten 80er und frühen 90er-Jahren hat es in Westdeutschland noch größere Beschäftigungszuwächse gegeben. Zumindest hier ähnelt die jetzige Arbeitsmarktlage jener des Jahres 1991, als sich innerhalb von zwei Jahren die Beschäftigung um über 1,2 Millionen aufgebaut hat und die Quote der registrierten Arbeitslosen mit 5,5 Prozent den niedrigsten Stand seit 1981 erreichte.

Tabelle 5:

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung

	1999	2000	2001	2000	2001	2000	2001
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr			
				in Prozent		Absolut	
Erwerbstätige im Inland (1.000)	37.942	38.510	38.990	1,5	1,2	568	480
Arbeitszeit (in Stunden)	1503	1490	1485	-0,9	-0,3	-13	-5
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	57,03	57,38	57,90	0,6	0,9	0,35	0,52
Produktion (in Preisen von 1995)							
DM je Erwerbstätiger	98.334	99.792	101.436	1,5	1,6	1.458	1.644
DM je Erwerbstätigenstunde	65,43	66,97	68,31	2,4	2,0	1,55	1,33
BIP (Mrd. DM in Preisen von 1995)	3.731	3.843	3.955	3,0	2,9	112	112
nachrichtlich:							
Erwerbslose nach ILO (1.000)	3.428	3.160	2.860	-7,8	-9,5	-268	-300
Erwerbslosenquote	8,3	7,6	6,8	-8,5	-9,9	-0,7	-0,7
Registrierte Arbeitslose (1.000)	4.099	3.860	3.570	-5,8	-7,5	-239	-290
Arbeitslosenquote	9,8	9,1	8,4	-6,6	-7,9	-0,6	-0,7

Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.

Absolut ausgedrückt wird ein Anstieg der Beschäftigtenzahlen von knapp 570.000 in diesem und 480.000 im nächsten Jahr erwartet. Wegen des niedrigeren Produktivitätsniveaus und des flacheren Produktivitätsanstiegs liegt damit auch die Beschäftigungsintensität des Wachstums deutlich über der früherer Berechnungen: Je Prozentpunkt Wirtschaftswachstum erzielt Deutschland in diesem Jahr einen Beschäftigungsanstieg von etwa

Beschäftigungsintensität steigt

0,5 Punkten und stößt damit in das oberste Drittel der beschäftigungsintensiven Ländern vor.

Allerdings muss noch einmal deutlich darauf hingewiesen werden, dass dies ganz wesentlich mit der besseren Erfassung geringfügiger Beschäftigung zu tun hat und es sich zumindest in diesem Jahr um einen statistischen Sonder-effekt handelt. Dies hat unter anderem zur Folge, dass die VGR erstmals seit 1990 wieder deutlich höhere Erwerbstätigenzahlen ausweist als der langfristig als relativ zuverlässig geltende Mikrozensus. Es ist nicht auszuschließen, dass durch die beiden umfangreichen Revisionen die Erwerbstätigkeit erstmals nicht unterschätzt, sondern vielleicht überzeichnet werden könnte. Insofern ist die diesjährige Prognose im Niveau wie in der Veränderung nur bedingt mit den Vorjahresprognosen vergleichbar.

Der Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit fällt verglichen mit der Zunahme der Erwerbstätigenzahlen deutlich geringer aus. Das trifft auch für die Erwerbslosigkeit laut ILO zu. Zwar hält die demographisch bedingte Entlastung weiter an, doch dürfte ein - wenn auch zurückgehender - Teil des Beschäftigungsaufbaus nicht aus dem Kreis der registrierten Arbeitslosen kommen, sondern sich aus den vorher nicht Erwerbstätigen rekrutieren. Damit kann für das Jahr 2001 mit einer Arbeitslosenquote auf Basis der registrierten Arbeitslosen von 8,4 und auf der Basis der ILO-Abgrenzung sogar nur von 6,8 Prozent gerechnet werden. Im Spiegel der ILO-Systematik fällt die Verbesserung der Arbeitsmarktsituation noch etwas deutlicher aus als nach der nationalen Karteistatistik. Der unmittelbare Vergleich der beiden Quoten zeigt, wie sensitiv der statistische Ausweis der Arbeitsmarktsituation auf unterschiedliche Abgrenzungen wichtiger Eckdaten reagiert, ohne dass sich an der ökonomischen Substanz irgendetwas ändert.

Oktober 2000

Jörg Beyfuss
Michael Grömling
Hans-Peter Klös

Literatur:

Grömling, Michael, 2000, Hintergründe der Euro-Abwertung, in: iw-trends, 27. Jg., Nr. 3, Köln.

Institut für Sozialwirtschaft und Gesellschaftspolitik/Kienbaum Management Consultants (ISG/Kienbaum), 1999, Geringfügig Beschäftigte nach der Neuregelung des „630-DM-Gesetzes“, Köln, Düsseldorf.

Klausing, Lothar, 2000, Vor einer Abkühlung der US-Konjunktur, in: Trends Wirtschaftsanalysen, 3. Quartal, Dresdner Bank (Hrsg.), S. 7 - 10, Frankfurt.

OECD, 1999, Economic Outlook, Nr. 66, Paris.

Economic Outlook for 2001

Buoyant exports and investment in equipment have spurred *iw-focus* the dynamism of the economic upswing in Germany during the first half of this year. Year-on-year the real gross domestic product increased by 3.3 per cent. This trend is not likely to persist, however. Private consumption will be dampened by high oil prices and another increase of the „ecological“ tax. The additional turnover and eco tax burden alone will wipe out two-third of the income tax relief. Exports will remain strong next year even though the euro-exchange rate will no longer be an additional competitive advantage. Investment in equipment will stay high while investment in construction will barely come past stagnation. Overall growth will be somewhat slower than this year. Nevertheless, chances are good that employment will rise by almost 570,000 this year and 480,000 next year. The number of registered unemployed could decrease to 3.6 million depending on special statistical influences.